

Nullverschuldung statt Neuverschuldung

Haushaltskonsolidierung für bessere Lebenschancen in Nordrhein-Westfalen

I. Ausgangslage

Die Eurozone spürt heute die Folgen der Staatsschuldenkrise vieler ihrer Mitgliedstaaten. Doch SPD und Grüne haben weder im Bund noch im Land irgendetwas aus den Erfahrungen der letzten Jahre gelernt:

- Die rot-grüne Blockademehrheit im Bundesrat verhindert ein schnelles Inkrafttreten des Fiskalvertrages und gefährdet damit Arbeitsplätze und Wohlstand in unserem Land.
- In Nordrhein-Westfalen, dort wo SPD und Grüne regieren, hat der Verfassungsgerichtshof unlängst jeden rot-grünen Landeshaushalt seit dem Regierungswechsel im Jahr 2010 für verfassungswidrig erklärt.

Das zeigt: Die vermeintlich präventive Sozialpolitik auf Pump verstößt nicht nur gegen die Interessen der jungen Generation und gegen ökonomischen Sachverstand, sondern auch gegen Recht und Gesetz. Mit dieser Haltung und jedem fehlenden Willen zu einer ernsthaften Haushaltskonsolidierung wird es sogar immer unwahrscheinlicher, dass Rot-Grün in Nordrhein-Westfalen selbst zum spätest möglichen Zeitpunkt 2020 den Haushaltsausgleich erreicht und die Mindestanforderungen des Grundgesetzes an die Schuldenbremse erfüllt.

Die unsolide rot-grüne Schuldenpolitik der Regierung Kraft ist das Kontrastprogramm zu den wichtigen und richtigen Weichenstellungen der Bundesregierung:

- Auf Druck der FDP hat der Bund bereits 2014 einen strukturellen Haushaltsausgleich erreicht.
- Im Jahr 2015 soll die Nullverschuldung erreicht werden. Ab dem Jahr 2016 sollen dann Altschulden abgebaut werden.
- Erstmals hat damit eine Bundesregierung ihre Ausgaben zum Ende einer Legislaturperiode gegenüber deren Beginn abgesenkt.

Auch andere Bundesländer sind deutlich erfolgreicher und ehrgeiziger als Nordrhein-Westfalen: 6 Flächenländer nehmen bereits heute keine neuen Schulden mehr auf. Nordrhein-Westfalen hingegen verursacht in diesem Jahr mit 22% der Einwohner Deutschlands 61% der Neuverschuldung aller Bundesländer. Diese desolate rot-grüne Pleitebilanz sorgt dafür, dass unser Land nicht mehr in der Lage ist, notwendige Zukunftsinvestitionen für die Infrastruktur, Bildung oder unseren Rechtsstaat zu tätigen. Das Experiment der spekulativen Haushaltspolitik von SPD und Grünen ist verfassungsrechtlich, ökonomisch und faktisch gescheitert.

Die expansive Ausgabenpolitik von SPD und Grünen wird immer mehr zum Gerechtigkeitsproblem für die verantwortungsbereite Mitte unserer Gesellschaft. Aufgrund all der teuren kreditfinanzierten Wahlgeschenke hat Rot-Grün in Nordrhein-Westfalen beschlossen, dass der überwiegende Anteil der Besoldungssteigerung, der sich bei einer Übertragung des Tarifabschlusses auf die Beamten ergeben würde, gleich für mehrere Jahre erst gar nicht zur Auszahlung kommt. Leistungsträger ab einem Monatseinkommen von über 3.200 Euro gehen dabei völlig leer aus und erhalten nicht einmal einen symbolischen Inflationsausgleich. Die Beamten sind damit die Leidtragenden dieser finanzpolitischen Misswirtschaft. SPD und Grüne haben dem Land jeden finanziellen Spielraum für eine motivierende und leistungsgerechte Besoldung genommen, der in einem schlankeren öffentlichen Dienst möglich gewesen wäre. So wird es immer schwieriger, für wichtige Landesaufgaben engagiertes und qualifiziertes Personal im öffentlichen Dienst zu gewinnen. Verschärfend kommt hinzu: Für alle Arbeitnehmer lehnen SPD und Grüne zugleich die Abschaffung der kalten Progression ab, die den Beschäftigten den ihnen zustehenden Anteil an Produktivitätssteigerungen und der allgemein positiven konjunkturellen Entwicklung nimmt.

Noch zu Zeiten der FDP-Regierungsverantwortung zwischen 2005 und 2010 hat Nordrhein-Westfalen hingegen erhebliche Fortschritte bei der Sanierung der Staatsfinanzen erreicht. Nach 2010 wurden die politischen Weichen allerdings wieder in Richtung Umverteilung und Gefälligkeitspolitik gestellt. Heute rächt sich dieser Kurswechsel insbesondere für die junge Generation und die vergessene Mitte unserer Gesellschaft: Die Voraussetzung für Aufstiegschancen und Leistungsgerechtigkeit ist eine starke Marktwirtschaft bei gesunden öffentlichen Haushalten in einem schlanken Staat, der gerade deshalb leistungsfähig ist, da er sich auf seine Kernaufgaben konzentriert. An der Strategie der in der Haushaltspolitik erfolgreichen früheren

schwarz-gelben Landesregierung und der heute erfolgreichen Bundesregierung muss sich Nordrhein-Westfalen schnellstens orientieren.

Die von der FDP getragene Landesregierung hat zwischen 2005 und 2010 aufgezeigt, wie der Haushalt nach Jahren der ausufernden Verschuldung sinnvoll konsolidiert werden kann und gleichzeitig dringend notwendige Investitionen in wichtige Zukunftsbereiche trotzdem getätigt werden können. Hat die Neuverschuldung im Jahre 2005 noch 6,7 Milliarden Euro betragen, so ist diese in den Jahren 2006 bis 2008 kontinuierlich zurückgeführt worden. Im Haushaltsjahr 2008 wäre sogar erstmals seit Jahrzehnten ein Überschuss für Schuldenabbau erwirtschaftet worden, wenn nicht dringend notwendige Vorsorgemaßnahmen aufgrund der beginnenden internationalen Staatsschulden- und Finanzmarktkrise plötzlich notwendig geworden wären. Insgesamt ist die Neuverschuldung unter Regierungsverantwortung der FDP um 83 Prozent reduziert worden. Gleichzeitig wurden rund 3,8 Milliarden Euro mehr in Bildung und Innovation investiert.

Die unsolide Haushaltspolitik auf Landesebene wird durch die Fehlanreize des heutigen Länderfinanzausgleichs noch bestärkt. Die Umverteilungsmechanismen wirken nivellierend und enthalten keine Anreize für Eigenanstrengungen des Landes. Je mehr ein Land in den Länderfinanzausgleich einzahlt oder daraus empfängt, desto mehr wächst die Gefahr, Haushaltskonsolidierung zu unterlassen. Im Ergebnis schwächt dieser Ausgleich die finanzstarken Länder und verschärft die Armut der finanzschwachen Länder. Ein neuer Länderfinanzausgleich muss sich daher an Kriterien wie Steigerung der Wirtschaftskraft und Haushaltsdisziplin orientieren. Der Leitgedanke „Leistung muss sich lohnen“ soll im Wettbewerbsföderalismus auch beim Finanzausgleich ein zunehmendes Gewicht bekommen. Föderaler Wettbewerb der besten Konzepte ist wünschenswert, wenn dieser mit einer angemessenen Unterstützung im Neuordnungsprozess und mit fairen Rahmenbedingungen einhergeht. Dazu ist mehr Transparenz und Vergleichbarkeit in der Haushaltspolitik herzustellen. Bund, Länder und Gemeinden sollen eigenständigere Wachstums- und Standortpolitik betreiben können. Insbesondere eine größere Autonomie für die Länder und Kommunen erhöht die Transparenz der politischen Entscheidungen und stärkt die Verantwortlichkeit der handelnden Politiker.

II. Handlungsnotwendigkeiten

Nordrhein-Westfalen braucht endlich wieder eine solide und verantwortungsvolle Haushaltspolitik, um attraktive Rahmenbedingungen für Wachstum und Wohlstand sowie Generationengerechtigkeit in der Finanzpolitik herzustellen. Um perspektivisch wieder neue Gestaltungsspielräume zu schaffen, ist der Haushaltsausgleich und die Rückführung der Schuldenlast des Landes die vordringlichste politische Aufgabe dieser Legislatur. Eine Politik, die weiterhin auf Verschuldung setzt, ist unsozial, da die immer weiter steigende Zinslast die für das Land verfügbaren Ressourcen reduziert. Sie geht damit zulasten notwendiger Zukunftsinvestitionen. Diese rot-grüne Politik, die vermeintlich „gute Schulden“ schon zur Staatsphilosophie erhebt, ist auch nicht nachhaltig, da zukünftigen Generationen immer höhere Zins- und Tilgungslasten aufgebürdet werden.

Solche Szenarien politischer Handlungsunfähigkeit gilt es, frühzeitig zu verhindern. Die rot-grüne Verschuldungspolitik wird von zahlreichen Risiken begleitet. Allein ein Anstieg des Zinsniveaus um nur einen Prozentpunkt würde dem Land einen Handlungsspielraum in der Größe von über einer Milliarde Euro pro Jahr rauben – die Abhängigkeit zukünftiger Landesregierungen vom Kapitalmarkt würde durch diese Politik weiter zunehmen. Rot-Grün darf daher die Haushaltsplanung nicht weiter nur auf Idealbedingungen fußen lassen, die bei kleinsten Parameteränderungen den Kollaps des Landeshaushalts herbeiführen.

Die positive wirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahre in ganz Deutschland muss mit einer marktwirtschaftlichen Offensive auch in Nordrhein-Westfalen stabilisiert werden: Anstatt bürokratischer Regulierung braucht unser Land mehr wirtschaftliche Freiräume zur Schaffung neuer Arbeitsplätze. Nordrhein-Westfalen kann sich beispielsweise ein sogenanntes Klimaschutzgesetz nicht erlauben, das zwar das Klima nicht schützt, dafür aber die Wirtschaft des Landes einseitig belastet und damit auch die Steuerbasis schwächt. Auch ein für Industrie und Mittelstand schädliches Wasserentnahmeentgelt sowie unpraktikable Vergabevorschriften zulasten privater Unternehmer gefährden den Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen und verschlechtern die steuerliche Ertragskraft.

III. Der liberale Weg: In Zukunftschancen investieren

Der harte Einsatz der nordrhein-westfälischen FDP für mehr wirtschaftliche Dynamik, für eine schlankere Verwaltung und für die Konzentration auf Kernaufgaben des Landes ist kein Selbstzweck. Der FDP geht es

einerseits um nachhaltige und generationengerechte Haushaltspolitik, aber andererseits auch um neue Zukunftsschwerpunkte für Kinder, Köpfe, Kultur und Konjunktur – insbesondere in unseren Kommunen.

Politik wird von engagierten Bürgern für die Menschen vor Ort gestaltet. Handlungsfähige und lebenswerte Kommunen liegen der FDP deshalb besonders am Herzen. Die Finanzlage vieler Städte und Gemeinden ist nach wie vor dramatisch. Für wichtige Zukunftsaufgaben fehlen vielerorts die Mittel, zum Beispiel für eine zukunftsfähige Kinder- und Jugendpolitik, für Investitionen in Bildungseinrichtungen, für Kulturförderung oder die Instandhaltung kommunaler Infrastruktur. Die ländlichen Räume werden zudem politisch motiviert von Rot-Grün systematisch benachteiligt.

Die FDP fordert daher eine "Zukunftspauschale Kinder, Köpfe, Kultur und Konjunktur in Kommunen" im Gemeindefinanzierungsgesetz. Wir wollen beginnend mit dem Jahr 2013 allen 396 Städte und Gemeinden 100 Millionen Euro als Pauschale für die genannten Zwecke unbürokratisch zur Verfügung stellen. Davon profitieren auch Kommunen im Haushaltssicherungskonzept. Ab 2014 wollen wir diesen Betrag auf 195 Mio. p.a. aufstocken. Die Zukunftspauschale ist auch unser liberaler Gegenentwurf zur leistungsfeindlichen Abundanzumlage von Rot-Grün.

Aus dieser Pauschalsumme sollen die 396 Städte und Gemeinden unbürokratisch zusätzliche Vorhaben in den Zukunftsfeldern der Kinderbetreuung, der Schulpolitik, der örtlichen Kulturförderung oder der Instandhaltung kommunaler Infrastruktur finanzieren. Die soziale Hebelwirkung dieses Programms ist der angeblich "vorsorgenden Sozialpolitik" von Rot-Grün überlegen. Diese erschöpft sich in einigen großen Umverteilungsvorhaben wie den Studienbeiträgen und ansonsten der Vergrößerung von Bürokratie und Staatsapparaten. Gekürzt hat Rot-Grün zuletzt bei U3-Investitionsmitteln, bei der Kulturförderung und beim Straßenbau. Dabei sollten die jüngsten Sperrungen von Autobahnbrücken ein Weckruf sein – auch für den Bereich der Landesstraßen. Die von Rot-Grün beschlossenen Kürzungen im Landesstraßenbau sind unverantwortlich.

Auch dem kontinuierlichen Qualitätsverfall an unseren Schulen muss Einhalt geboten werden. Ein „Stärkungspakt Gymnasien“ sollte der Privilegierung integrierter Schulformen entgegenwirken und wäre zugleich ein wichtiger Beitrag, den Weg zu einer leistungslosen Schule in Nordrhein-Westfalen zu stoppen. Individuelle Förderung oder andere Schwerpunktsetzungen soll den Gymnasien ermöglicht werden, indem jeder Schule im Schnitt eine zusätzliche Stelle zur Verfügung gestellt wird. Anstatt einer leistungslosen Schule wie Rot-Grün sie forciert, kann so der Leistungsstandard gehalten und verbessert werden. Leistung fördert man auch nicht durch ausfallenden Unterricht. Daher lehnt die FDP die destruktive und verantwortungslose Kürzung der flexiblen Mittel für den Vertretungsunterricht ab.

Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur sind dringend notwendig. Deshalb werden die Kürzungen von Rot-Grün bei den Landesstraßen wieder rückgängig gemacht. Haushaltskonsolidierung darf nicht auf Kosten sinnvoller Investitionen in Mobilität und eine leistungsfähige Infrastruktur gehen.

Kultur ist kein Luxus. Die Förderung der Kultur aus dem Landeshaushalt ist unabdingbar für ein vielfältiges Angebot. Hierzu gehört ausdrücklich eine auskömmliche Sicherung der Fördergelder für den Denkmalschutz. Die schwarz-gelbe Landesregierung hat von 2005 bis 2010 bewiesen, dass Konsolidierung möglich ist, ohne bei der Kultur zu sparen. Im Gegenteil: Die FDP hat die Kulturförderung noch deutlich ausgebaut.

IV. Beschlussfassung: 10 Punkte-Plan für solide Landesfinanzen

1. Die FDP steht wie keine andere Partei in Nordrhein-Westfalen für eine grundlegende strukturelle und zukunftsfähige Neuausrichtung der Haushaltspolitik in unserem Land. Der Haushaltsausgleich in Nordrhein-Westfalen ist das politisch wichtigste Projekt der laufenden Legislaturperiode. Unser Land braucht einen seriösen Konsolidierungspfad und muss diesen im Haushaltsvollzug einhalten, der eine schnellstmögliche Erfüllung aller Anforderungen der Schuldenbremse gewährleistet und damit die Phase einleitet, in der dann mit dem dringend notwendigen Altschuldenabbau begonnen werden kann. Steuererhöhungen und neue Steuern sind kein Mittel zur Erreichung solider Staatsfinanzen.
2. Die FDP bekennt sich daher uneingeschränkt zur Anwendung der Schuldenbremse des Grundgesetzes auch in der nordrhein-westfälischen Landespolitik – und zwar ohne aufweichende Tatbestände und Lücken, die Raum für neue Schulden lassen würden. Um einem ehrgeizigen Schuldenabbau die notwendige Verbindlichkeit zu verleihen, ist eine harte Schuldenbremse auch in der Landesverfassung Nordrhein-

66. ordentlicher Landesparteitag der FDP Nordrhein-Westfalen
am 13. April 2013 in Hamm

Westfalens zu verankern. Verstöße gegen diese Schuldenbremse müssen mit einem wirksamen Instrumentarium konsequent geahndet werden.

3. Die FDP bringt mit einem Gesamtkonzept Neuverschuldungsverbot, Finanzautonomie, Finanzausgleich und Altschuldenabbau in Einklang. Es fordert von allen Beteiligten ein gesundes Maß an Eigenverantwortung und beseitigt Schwächen des derzeit kontraproduktiven Steuerverteilungs- und Ausgleichssystems mit seinen Fehlanreizen und seiner unklaren politischen Verantwortung. Insbesondere die Nivellierung von Leistungserfolgen im Finanzausgleich gehört korrigiert. Anstrengungen für Innovationen und eine dynamische Stärkung der Wirtschaftskraft müssen sich lohnen, auf der alle Finanzkraft beruht.
4. Die FDP fordert im Rahmen einer neuen Schwerpunktsetzung der nordrhein-westfälischen Finanzpolitik eine "Zukunftspauschale Kinder, Köpfe, Kultur und Konjunktur in Kommunen" im Gemeindefinanzierungsgesetz. Wir wollen sofort beginnend allen 396 Städten und Gemeinden in der Summe 100 Millionen Euro als Pauschale für die genannten Zwecke unbürokratisch zur Verfügung stellen.
5. Durch eine wirtschaftsfreundliche Politik für Industrie, Handwerk und Mittelstand will die FDP die Wachstumslücke Nordrhein-Westfalens zumindest zum bundesweiten Durchschnitt hin schließen; dies schafft Arbeitsplätze, senkt den Sozialaufwand und generiert zusätzliche Einnahmen für den Landeshaushalt, die auf Produktivität beruhen. Diese neue Dynamik ermöglicht dem Land auch wieder eine faire Entlohnung der Beamten in allen Bereichen des öffentlichen Dienstes. Qualifizierte und engagierte Beschäftigte im Landesdienst haben eine leistungsgerechte Bezahlung verdient.
6. Für die FDP ist der konsequente Abbau bürokratischer Überstandards in allen Bereichen unverzichtbar. Alle Landesgesetze müssen darauf hin überprüft werden, welche teuren und überflüssigen Vorgaben sie zukünftig nicht mehr enthalten müssen. Eine solche Standardbefreiung entlastet die Landesfinanzen sowie die Haushalte von Kommunen und kommunalen Unternehmen. Sämtliche Staatsaufgaben und Staatsausgaben müssen gründlich auf ihre Notwendigkeit und Effizienz hin getestet werden. Die FDP besteht ebenfalls darauf, auch sämtliche staatseigene Betriebe und Landesbeteiligungen auf ihre Wirtschaftlichkeit und Erforderlichkeit hin zu durchleuchten und nach Möglichkeit gewinnbringend zu veräußern.
7. Die FDP hat beim Milliardengrab WestLB Recht behalten: Der Staat ist weder der erfolgreichere Unternehmer noch der bessere Arbeitgeber. Unkündbaren Beschäftigten, die bei der WestLB-Abwicklung ihre bisherige Tätigkeit verloren haben, bekommen sinnvolle neue Arbeitsaufgaben und Entwicklungsperspektiven übertragen und entlasten somit den öffentlichen Personalhaushalt an anderen Stellen. Das Land wirkt ferner darauf hin, die Kosten der WestLB-Abwicklung so gering wie möglich zu halten, indem konsequent alle Rechtsmaßnahmen gegen die Emittenten toxischer Papiere ergriffen werden, um für das Land möglichst hohe Nacherlöse zu erzielen, die die vom Finanzminister bereits heute mit 18 Milliarden Euro bezifferten Gesamtkosten nicht noch weiter ansteigen lassen. Das Land braucht einen Masterplan zur für den Steuerzahler und private Anleger vermögensschonenden Abwicklung der WestLB, der bisherige Fehlentwicklungen korrigiert und zukünftige Lasten für die öffentlichen Haushalte realitätsnah kalkuliert.
8. Die FDP tritt für ein zentrales Bedarfs- und Beschaffungsmanagement in Nordrhein-Westfalen ein, das nicht erst bei der bestmöglichen Vergabe von Aufträgen ansetzt, sondern bereits im Vorfeld den tatsächlichen Anschaffungsbedarf in quantitativer und qualitativer Hinsicht optimiert.
9. Die FDP steht für eine Beschränkung des Ausgabenanstiegs im Personalbereich und wird dafür mittel- und langfristig auch Demographiegewinne nutzen. Statt der von SPD und Grünen seit 2010 bereits eingeführten mehr als 2.000 zusätzlichen Stellen im Landeshaushalt müssen alle Stellen abgebaut werden, die für die Wahrnehmung staatlicher Kernaufgaben nicht erfolgsnotwendig sind.
10. Die FDP verlangt von Rot-Grün im Land einen Verzicht auf sämtliche neue kreditfinanzierte, vermeintlich soziale Wohltaten sowie die sofortige Rücknahme aller bisherigen rot-grünen Wahlgewinne auf Pump.